

Frieden ist Grundbedingung für wirtschaftliche Aktivitäten

Nur der private Sektor hat das Kapital und das Know-how, um in Krisenländern Arbeitsplätze zu schaffen. —VON DANIELE GANSER

overview Langfristig planende Unternehmer und Manager fragen sich heute: Wo steht meine Firma 2010? Wo steht sie 2020? Als besondere Herausforderung erkennen Führungskräfte zunehmend die globalen gewalttätigen Konflikte und die **Sicherheits- und Reputationskosten**, die diese verursachen. Multinationale Firmen, die direkt oder indirekt auch ausserhalb des OECD-Raumes (OECD = Organization for Economic Cooperation and Development) wirtschaftlich tätig sind, haben sich in den letzten Jahren dieser Herausforderung angenommen und erste Erfahrungen gesammelt. Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich zeigt in einer neuen Studie auf, dass solche Erfahrungen längerfristig für verschiedene Schweizer Wirtschaftsunternehmen interessant sein können, und dass sich gegenwärtig durch den Wandel der Sicherheitspolitik und das **gemeinsame Interesse an Frieden und Stabilität** neue Partnerschaften zwischen dem privaten und dem staatlichen Sektor ergeben.



DR. PHIL. DANIELE GANSER ist Senior Researcher an der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich und Leiter der Business & Conflict Forschung. ganser@sipo.gess.ethz.ch

Sicherheitspolitik hat im traditionellen analytischen Sinne vordergründig nur wenig mit Wirtschaftspolitik zu tun. Sie umfasst alle politischen Massnahmen eines Staates oder Staatenverbundes, die darauf abzielen, gewaltsame innerstaatliche oder grenzübergreifende Auseinandersetzungen zu vermeiden, einzudämmen oder zu beenden. **Sicherheitspolitik** untersucht also die Phänomene Krieg und Frieden und diskutiert die Bedingungen von nationaler und persönlicher Sicherheit. Fokus der Sicherheitspolitik sind die nationalen Regierungen und ihre Armeen und nicht staatliche Kampfgruppen.

Wirtschaftspolitik hingegen versucht aufzuzeigen, wie private Akteure und der Staat Wirtschaftswachstum, Gewinn, Vollbeschäftigung, Preisstabilität und andere Zielgrössen erreichen können. Ihr Fokus ist der Markt, auf dem sich Produzenten und Konsumenten treffen. Wirtschaftspolitik hat demnach nichts mit Sicherheitspolitik zu tun.

Erst ein interdisziplinärer Ansatz verdeutlicht, dass Wirtschaftspolitik und Sicherheitspolitik historisch gesehen schon lange verflochten sind. Vor 2000 Jahren haben die Eroberungen der römischen Legionen in der Antike dazu gedient, Herrschafts- und Sicherheitsraum abzusichern und gleichzeitig neue

Handelsräume zu erschliessen. Die Kolonialpolitik der Europäer in der Neuzeit war über Jahrhunderte Wirtschaftspolitik, die die Sicherheitspolitik der erobernden wie auch der eroberten Länder nachhaltig prägte. Im Kontext der Globalisierung und rasanter Veränderungen wird heute die enge Verbindung von Sicherheits- und Wirtschaftspolitik wiederentdeckt – einerseits weil sich die Sicherheitspolitik selbst im Wandel befindet und andererseits weil sich verschiedene innovative und interdisziplinäre Ansätze zur Lösung von komplexen globalen Problemen in Entwicklung befinden.

Innerstaatliche Konflikte und Terrorismus statt Kalter Krieg

Im Kalten Krieg haben sich die Forschungszentren für Sicherheitspolitik weltweit schwerpunktmässig mit Raketen, Atombomben, Armeen und den Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt beschäftigt. In den Neunzigerjahren erhielt neben dem Zerfall des Warschauer Paktes und der Erweiterung der NATO das Problem der sich ausbreitenden innerstaatlichen Konflikte mit einer hohen Zahl ziviler Opfer erhöhte Aufmerksamkeit. Zu Beginn des neuen Jahrtausends sind neben den Kriegen in Afghanistan und im Irak der internationale Terrorismus und die



In den Neunzigerjahren gelangte auch der legale Sektor der internationalen Wirtschaft ins Kreuzfeuer der Kritik.

Verbreitung von atomaren, chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen zu zentralen Themen avanciert.

Die Forschung im Bereich der Sicherheitspolitik ist mehr als in anderen Wissenschaftsgebieten thematisch eng mit der sich schnell wandelnden Welt verbunden. Die Geschwindigkeit, mit der sich der Fokus zum Beispiel vom Kosovo-Konflikt (1999), zum 11. September (2001) und schliesslich zum Irak-Krieg (2003) verschoben hat, ist beachtlich. Da sich gleichzeitig die Technik stark weiterentwickelt, vergrössert sich auch der Bereich der sicherheitsrelevanten Themen ständig. Neu gehören unter anderem auch die Risiken von Computernetzwerken dazu, die militärischen Potenziale der Gentechnologie und die Gefahren von kleinen Atombomben, so genannten «Mini Nukes».

Was trotz der rasanten globalen Veränderung konstant blieb und sich auch in Zukunft nicht ändern wird, ist das Bedürfnis der Weltbürger und der Schweizer nach Frieden und Sicherheit. Wie dieses unbestrittene Ziel erreicht werden kann, wird angesichts der multiplen und sich schnell wandelnden Bedrohungslage zunehmend diskutiert – in der Politik, in den internationalen Organisationen, an den Universitäten und Forschungszentren und auch in der Zivilgesellschaft und in den Medien.

Keine Fortschritte bei Sicherheit und Frieden

Weshalb gibt es trotz der vielen Spezialisten für Sicherheitspolitik global weder Frieden noch Sicherheit? Oder, um es provokanter auszudrücken: Was taugen die Frieden- und Sicherheits-

produkte der Forschungsfabriken, wenn global in den letzten 100 Jahren weder im Bereich Sicherheit noch im Bereich Frieden Fortschritte gemacht wurden? Haben die nationalen Regierungen die Ratschläge der Forschungsfabriken nicht wahrgenommen oder falsch umgesetzt? Haben private Akteure die staatlichen Regelungen sabotiert? Oder waren die Ratschläge selber mangelhaft?

Das 20. Jahrhundert war gemäss dem Britischen Historiker Eric Hobsbawm «ohne Zweifel das mörderischste von allen, über die wir Aufzeichnungen besitzen» (Hobsbawm 1995). Und auch das neue Jahrhundert hat mit dem 11. September und den Kriegen in Afghanistan und Irak nicht friedlich begonnen. Gegenwärtig sind in vielen Ländern der Welt militärische Konflikte im Gange – eine unvollständige Liste

beinhaltet Israel/Palästina, Kolumbien, Angola, Sudan, Demokratische Republik Kongo, Türkei, Russland, Georgien, Pakistan, Indien, Indonesien und die Philippinen.

Als Antwort auf die komplexe globale Problemlage hat sich auch die Sicherheitspolitik verändert. Neue Lösungsansätze sind aufgenommen worden und werden gegenwärtig weiterentwickelt. Die interdisziplinäre Zusammenarbeit von Politologen, Historikern, Ökonomen, Juristen und Psychologen wird nicht nur vermehrt gefordert, sondern auch in verschiedenen Bereichen konkret umgesetzt.

Hierbei hat sich ein Bereich der Forschung auf zivile Konfliktlösung spezialisiert. Auf Grund der schlechten Resultate der militärischen Konfliktlösung in den vergangenen hundert Jahren postuliert dieser Trend der Forschung, dass militärische Konfliktlösungen eher Teil des Problems denn Teil der Lösung sind, dass auch der Terrorismus nicht mit Krieg besiegt werden kann und der globale Krieg gegen den Terrorismus auf das Ende einer Sackgasse zusteuert. Ohne in Angstpropaganda zu verfallen, gibt die zivile Friedensforschung dem Begriff «Konflikt» auch sein natürliches positives Potenzial zurück. Denn wenn Konflikte in der Partnerschaft, in der Familie, in der Nachbarschaft, im Lande und zwischen den Ländern mit zivilen und nicht mit militärischen Mitteln ausgetragen werden, so die These, können sie zur konstruktiven Weiterentwicklung des Individuums, der Gruppe und der Gesell-

schaft beitragen.

Ein Schwerpunkt der interdisziplinären zivilen Konfliktforschung hat sich in den vergangenen Jahren dem Thema Wirtschaft und Konflikte zugewandt. Ausgehend von Aktivitäten der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den Neunzigerjahren stand zunächst die negative Verbindung von Wirtschaft und Konflikten im Zentrum. Die illegalen Sektoren der internationalen Wirtschaft – und hier vor allem der Drogenhandel und das Schwarzgeld – wurden zu Recht als Konfliktfaktoren gebrandmarkt. Aber auch legale Sektoren der internationalen Wirtschaft wie die Rüstungsindustrie, die Söldnerindustrie, die Holzindustrie, die Ölindustrie und die Diamantenindustrie gerieten ins Kreuzfeuer der Kritik. Teile der Gesellschaft hatten dadurch den Eindruck, dass die globale Wirtschaft zerstörerisch auf die Menschen und den Planeten wirkt und ein gezieltes Interesse an Kriegen und Konflikten hat, um ihre Waffensysteme zu verkaufen oder um neue Bodenschätze zu gewinnen.

OECD als positives Beispiel

Dieser Eindruck ist falsch. Es kann nicht genug betont werden, dass es der deutlich kleinere Teil der globalen Wirtschaft ist, der von Kriegen und Unsicherheit profitiert. Für den überwiegenden Teil der globalen Wirtschaft sind Frieden und Sicherheit eine Grundbedingung für wirtschaftliche Aktivitäten. Ebenso ist die Mehrzahl der Investoren, Manager und Verwaltungsräte an

einer friedlichen und sicheren Welt für sich, ihre Kinder und Enkel interessiert. Der Markt ist also im idealen Fall ein friedlicher und sicherer Markt.

Einen solchen friedlichen und sicheren Markt gibt es in der Schweiz, in den USA, in Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland und auch in allen anderen der insgesamt 30 OECD-Länder. Der überwiegende Teil der Investitionen der Schweizer Wirtschaft und der grösste Teil des Handels der Schweiz findet in diesem stabilen und friedlichen OECD-Raum statt. Dabei darf nicht vergessen werden, dass der OECD-Raum selbst der vielleicht beste Beweis dafür ist, dass die globale Wirtschaft eine positive Rolle in der Überwindung von Konflikten und in der Stabilisierung von Gesellschaften spielen kann. Die Vorgängerorganisation der OECD, die OEEC (Organization for European Economic Cooperation), diente nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem der Verteilung der amerikanischen Marshall-Plan-Hilfsgelder für den Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa. Die wirtschaftlichen Investitionen haben die zerstörten Kriegsländer Deutschland und Japan befriedet und stabilisiert und sie hinter den USA an die wirtschaftliche Weltspitze befördert. Ohne diese Entwicklung von Deutschland, dem mit Abstand wichtigsten Handelspartner der Schweiz, hätte auch unser Land niemals den heutigen hohen Grad von Wohlstand und Sicherheit erreichen können.

Es wäre kurzsichtig davon auszugehen, dass der OECD-Raum isoliert vom Rest der Welt für die nächsten 20 oder 50 Jahre konfliktfrei und stabil bleiben wird. Der laufende asymmetrische Krieg von Teilen der armen Länder gegen die reichen Länder zeigt, dass die OECD-Länder nur sehr begrenzt gegen Terrorismus geschützt werden können. Zudem werden in drei OECD-Ländern an der Peripherie schon heute in verschiedenen Intervallen innerstaatliche

OECD-Länder: Weit gehend konfliktfrei und stabil

Die 30 Mitgliedsländer der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind heute weitgehend konfliktfrei und stabil. Es sind dies: Belgien, Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Grossbritannien, Irland, Island,

Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Spanien, Türkei, Tschechische Republik, Ungarn, USA, Kanada, Mexiko, Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland.



Wirtschaftliche Investitionen nach dem Zweiten Weltkrieg haben Japan befriedet, stabilisiert und an die wirtschaftliche Weltspitze befördert.

gewaltsame Konflikte ausgetragen (in der Türkei im Kampf der Regierung gegen die Kurden, in Nordirland im Kampf von Protestanten und Katholiken, und in Mexiko im Kampf der Regierung gegen die Zapatisten-Indios). Darüber hinaus ist der OECD-Raum durch die Globalisierung der Finanzströme, Warenströme, Dienstleistungen und die Mobilität der Menschen aufs engste mit dem Rest der Welt vernetzt. Die Sicherheit und Stabilität des OECD-Raumes kann daher letztlich nur durch globale Sicherheit und Stabilität erreicht werden. Die Menschheit kann es sich nicht leisten, ganze Kontinente wie Afrika, oder auch einzelne Länder wie Kolumbien oder Afghanistan abzuschreiben, denn Konfliktherde strahlen aus und exportieren Unsicherheit. Die USA, Europa, Japan und Australien können

sich nicht hermetisch abriegeln und dadurch vor dem internationalen Terrorismus schützen.

Wirtschaftsführer, die für die Tätigkeit ihrer Konzerne auf internationale Stabilität und Sicherheit angewiesen sind, distanzieren sich zu Recht je länger je mehr von jenem kleineren Sektor der globalen Wirtschaft, der zu Instabilität und Krieg beiträgt. Um Sicherheitskosten tief und die Mitarbeitermotivation hoch zu halten, um ihren Markennamen zu pflegen und internationale Märkte ausserhalb der OECD zu erhalten, müssen die auf Sicherheit und Frieden angewiesenen Unternehmen Sicherheit und Frieden auch fördern. Ansonsten laufen sie Gefahr, ihre eigene Geschäftstätigkeit längerfristig zu zerstören. Ein Hauptanliegen der zivilen Friedensförderung ist daher, die lin-

dernden Auswirkungen der Wirtschaft auf Konflikte zu fördern und die verstärkenden schrittweise abzubauen. In anderen Worten: Dass die Friedensökonomie die Kriegsökonomie ersetzt und nicht umgekehrt.

Beitrag zur Verminderung von Konflikten?

Wie aber kann ein Manager in der Schweiz, der die internationalen Probleme und die Herausforderungen für sein Unternehmen erkennt, konkret abwägen, ob er global zur Verminderung oder zur Vergrößerung von Konflikten beiträgt? Welches Wissen und welche Erfahrungen gibt es zurzeit in diesem Bereich gerade für Unternehmen, die in den sensiblen Ländern ausserhalb des OECD-Raumes operieren?

Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) in Zürich hat sich unter ihrem Leiter Professor Andreas Wenger diesen schwierigen interdisziplinären Fragen angenommen. Zusammen mit Daniel Möckli hat Andreas Wenger im vergangenen Jahr ein Buch vorgestellt, das in einem transdisziplinären Ansatz die Bereiche Sicherheitspolitik und Wirtschaftspolitik vernetzt (Wenger; Möckli 2003).

Privatsektor für Friedensförderung zentral

Die Studie zeigt, dass der private Sektor in der internationalen Sicherheitspolitik und Friedensförderung eine zentrale Rolle einnehmen kann. Nur der private Sektor hat das Know-how und das Kapital, das benötigt wird, um ausserhalb des OECD Raumes in Entwicklungs- und Krisenländern Arbeitsplätze zu schaffen und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Letztere ist unabdingbar, um in einer Gesellschaft längerfristig Frieden und Sicherheit herzustellen. Der private Sektor kann also mit zivilen Mitteln den Ausbruch von militärischen Konflikten vermeiden helfen, und ehemalige Konfliktzonen durch Investitionen und Know-how-Transfer wieder stabilisieren. Weil weder die Regierungen, noch die Internationalen Organisationen, noch die NGOs diese Funktion erfüllen können, kommt dem privaten Sektor eine zentrale Aufgabe in der zivilen Friedensförderung zu, die die Arbeit der anderen Akteure komplementiert.

Unter dem Schlagwort «Corporate Social Responsibility» (CSR) haben in den Neunzigerjahren viele private Wirtschaftsakteure ein verantwortungsbewusstes, nachhaltiges Handeln in die Konzernstrategie integriert. CSR orientiert sich an der so genannten «triple bottom line», dem dreifachen Schluss-

strich am Ende des Jahres, gemäss dem der Konzern nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch und sozial erfolgreich abschliessen will. Die ganzheitlichen Anforderungen an ein Unternehmen sind mit CSR deutlich angestiegen – es reicht nicht mehr, wenn eine Firma den ökonomischen Eckpfeilern genügt und dem Markt ein gutes Produkt, der Gesellschaft Arbeitsplätze und dem Staat Steuern liefert. Sie muss dies auch sozial und umweltfreundlich tun, da ansonsten der langfristige Nettoeffekt negativ sein kann.

Die Sicherheitspolitik hat den sozialen Aspekt der CSR aufgenommen und bis zu seinem Extrempunkt, dem Krieg, durchdacht. Das zeigt auf, dass die grössten Herausforderungen dann entstehen, wenn ein Unternehmen den OECD-Raum verlässt und in Entwicklungs- und Krisenländern tätig wird. Die soziale Komponente der Wirtschaftstätigkeit steht in Ländern mit Gewaltkonflikten vor riesigen Herausforderungen, und Krieg signalisiert den deutlichen Endpunkt und das Scheitern der sozialen Dimension von CSR. Dennoch ist es wichtig, dass privatwirtschaftliche Akteure auch in diesen schwierigen Teilen des Globus engagiert bleiben. Hierbei kann und soll die private Entwicklungsförderung von den Erfahrungen der staatlichen Entwicklungsförderung profitieren, da letztere schon auf 40 Jahre mehr oder minder erfolgreiche Tätigkeit zurückblickt. Der Trend zur nachhaltigen Hilfe zur Selbsthilfe wird daher von den besten Projekten des privaten Sektors unterstützt.

Der internationale Privatsektor ist ein neuer aber wichtiger Teilnehmer der internationalen Sicherheits- und Friedensförderung. Er handelt zu Recht aus langfristig verstandenem Eigeninteresse. Erste konkrete Beispiele der Tätigkeit von Unternehmen aus verschiedenen Sektoren in verschiedenen Ländern sind

die folgenden (Nelson 2000):

- ▶ Die norwegische Ölfirma **Statoil** ist in **Venezuela** eine neue Partnerschaft eingegangen, um das Konfliktpotenzial und die Unsicherheit längerfristig zu reduzieren. Statoil hat zusammen mit Amnesty International und der UNO-Entwicklungsorganisation UNDP (United Nations Development Program) ein Projekt realisiert, das Richter in Venezuela trainiert, mit zivilen Mitteln auf Menschenrechtsverletzungen zu reagieren.
- ▶ In **Mozambique** hat die Baumwollfirma **Agrimo** kleine und mittlere Unternehmen mit Saatgut, Kleinkrediten und Know-how darin unterstützt, Baumwolle herzustellen. 1998 haben 15 000 Bauern 5000 Tonnen Baumwolle an Agrimo geliefert.
- ▶ In **Irland** hat die Softwarefirma **Oracle** im Jahre 1999 zusammen mit dem State of the World Forum 100 Internetcomputer an katholische, protestantische und gemischte Schulen in Belfast verschenkt, um die friedliche zivile Koexistenz der Konfliktparteien zu fördern.
- ▶ **Shell, BP, Rio Tinto, British Telecom, Premier Oil, Nokia, Nordisk, Norsk Hydro und Statoil** haben sich mit Menschenrechtsexperten zusammengesetzt und ihren Businessplan auf Konfliktrelevanz überprüft. Sie haben explizite Ziele zur Förderung der Menschenrechte und zur Konfliktreduzierung in ihren Businessplan aufgenommen und schulen ihr Management in den neuen Herausforderungen.
- ▶ Die Kreditkartenfirma **American Express** hat das International Institute of Peace Through Tourism in der Durchführung von Projekten unterstützt, die im Reiseland die zivile Konfliktlösung fördern.
- ▶ Im **Kosovo** hat die **Commerzbank** die Entwicklung und Gründung der

Micro Enterprises Bank (MEB) unterstützt, von der sie nun Aktien hält. Die MEB spezialisiert sich auf Kleinkredite, Geldüberweisungen und die Verwaltung von Sparkonten und war die erste Bank, die nach dem Krieg von 1999 im Gebiet zugelassen wurde.

Vermögensverwaltung für nachhaltige Investitionen

Auch Sektoren der Schweizer Wirtschaft haben sich dem komplexen Gebiet angenommen. Im Finanzsektor, der indirekt über die verwalteten Aktientitel von verschiedenen Unternehmen mit der ganzen Welt vernetzt ist, wurden spezielle Gefässe gegründet, und auch in anderen Sektoren sind Initiativen auszumachen:

- ▶ Die **Bank Sarasin in Basel** hat unter dem Label «Investmentfonds für eine Zukunft mit Zukunft» 1994 den weltweit ersten Fonds mit ökologischen Kriterien geschaffen, und 1998 einen Fonds gegründet, der nur Titel von Firmen enthält, die sozial und nachhaltig wirtschaften.
- ▶ Im **Balkan** hat der schweizerisch-schwedische Technologiekonzern **ABB** während der Rekonstruktion der Elektrizitätsinfrastruktur die zivile Verständigung der Konfliktparteien gefördert, indem ein Projekt lanciert wurde, das Serben, Bosnier und Kosovaren am Arbeitsplatz zusammenbrachte.
- ▶ Die Vermögensverwaltungsgesellschaft **SAM Sustainable Asset Management**, Zürich wurde 1995 als einer der weltweit ersten Vermögensverwalter für nachhaltige Investitionen gegründet. Zusammen mit Dow Jones & Company hat SAM 1999 den ersten globalen Sustainability Index lanciert. Dieser Dow Jones Sustainability Index (DJSI) umfasst heute diejenigen Unternehmen, die in

ihrer Branche in Bezug auf ökonomische, ökologische und soziale Kriterien führend sind.

Mit Unterstützung der Abteilung für zivile Friedensförderung des Schweizerischen Aussenministeriums hat die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH Zürich ihre Forschung im Bereich Wirtschaft und Konflikte fortgesetzt. Vertreter aus der Wirtschaft, der Regierung und der Akademie sehen die Möglichkeit einer Vorreiterrolle für die Schweiz. Das ETH-Projekt ist auf die Schweizer Wirtschaft fokussiert und trägt konkrete innovative Beispiele zusammen, die das Potenzial der Wirtschaft im Bereich der Sicherheitspolitik aufzeigen. In drei Jahren soll daraus ein Buch entstehen, das Manager, Investoren und Verwaltungsräte über Erfahrungen, Möglichkeiten und Best Practices der Wirtschaft im Bereich der Sicherheits- und Friedensforschung aufklärt.

- ▶ Die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik an der ETH pflegt für ihr neues Forschungsprojekt zur Rolle der Wirtschaft in Konflikten das Gespräch mit interessierten Vertretern der Schweizer Wirtschaft. Für Anregungen, eigene Erfahrungen und Fallbeispiele kontaktieren Sie bitte direkt Daniele Ganser: ganser@sipo.gess.ethz.ch.

Literatur

- Hobbsbawm, E.** (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. Carl Hanser Verlag, München.
- Wenger, A.; Möckli, D.** (2003): *Conflict Prevention. The Untapped Potential of the Business Sector*. Lynne Rienner Publishers, London.
- Nelson, J.** (2000): *The Business of Peace. Private Sector as a Partner in Conflict Prevention and Resolution*. Published by the Prince of Wales Business Leaders Forum together with International Alert and the Council on Economic Priorities.